

# Außer Betrieb

Im Wahlkampf wäre ein guter Zeitpunkt, die Lehren aus der Pandemie zu formulieren. Oder?

VON NILS MINKMAR

Es ist nur eine Frage der Zeit. So wie mit steigender Hitze die Menschen 110 wählen, um die Sichtung eines Panthers im Stadtwald zu melden oder vor einem Krokodil im Baggersee zu warnen, so zuverlässig wird auch dieser Wahlkampf noch sein Thema finden.

Zu vermuten steht, dass es von ähnlicher Relevanz sein wird wie Hitzesichtungen von exotischen Tieren im Sommer. Sprachdebatten könnten es sein: Wird ein grün bewegter Mensch die Umbenennung des Bismarckherings fordern oder sein Angebot auf einer Speisekarte bemängeln oder ihn bloß nicht bestellen? Das könnte doch mal Stoff für eine Debatte sein. Wird eine radikale autonome Landkommune auf ihrer Facebookseite für ledige Männer die Anrede Herrlein empfehlen, verlangen oder, wie *Bild* es dann nennt, sie „befehlen“? Werden wir Erörterungen wider die politische Korrektheit über uns ergehen lassen müssen, den Begriff, den es nur gibt, damit Gleichgesinnte ihn ablehnen können? Wird zum x-ten Mal der Kampf um das vermeintliche Recht geführt, rassistische Begriffe, Rituale und Traditionen weiter zu pflegen – alles, um nicht Schokokus sagen zu müssen.

## Sollen wir jetzt über die Fiktion einer drohenden feministischen Sprachpolizei streiten?

Jedem Menschen mit etwas Höflichkeit und Herzensbildung leuchtet ein, dass man nicht an der männlichen Form festhält, wenn nicht nur Männer gemeint sind. Überhaupt kann man sich kaum auf den Wert von guter alter Bildung berufen, um die Weigerung zu begründen, dazuzulernen. Friedrich Merz und andere übernehmen ein Drehbuch, das schon in anderen Ländern versagt hat und das Publikum nur noch langweilt. Sollen wir also jetzt bis September über die Fiktion einer drohenden feministischen Sprachpolizei streiten? Der Verdacht liegt nahe, dass manche Männer in der Union ein Trauma zu bewältigen suchen, dass sie nun so lange Bundeskanzlerin sagen mussten, obwohl es einst im Grundgesetz Bundeskanzler hieß.



Ja, und nun? Die Kanzlerkandidaten.

FOTO: WDR/OLIVER ZIEBE

Angela Merkel setzte auf die asymmetrische Demobilisierung: Die Leute sollten gar nicht erst zur Wahl gehen, dann bleibt alles wie es ist und sie Kanzlerin. In diesem Jahr erleben wir etwas Ähnliches, eine Entpolitisierung der Bundestagswahl, eine inhaltliche Demobilisierung. Langeweile als Programm. In Wahrheit stört so ein Wahlkampf nur bei der Koalitionsfindung.

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, könnten im nächsten Parlament sechs Fraktionen gebildet werden. Zwei wären so groß, dass aus ihren Reihen die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler gewählt werden könnte, wozu die Stimmen der anderen großen, der beiden kleineren oder einer Kombination aus klein und groß nötig wären. Nach einer Beteiligung der Linken oder der AfD sieht es nicht aus, also kann man schon mal in Ruhe Koalitionsszenarien entwerfen, Kabinette bilden und Posten imaginieren.

Wenn nächsten Sonntag schon gewählt würde, hätte das vor allem den Vorteil, dass die derzeitige Simulation eines Wahlkampfes rasch beendet wäre. Denn so erfreulich allseitige Koalitionsfähigkeit und -willigkeit für die soziale Stabilität sein mag, sie entzieht der Demokratie ein zentrales Merkmal: die Möglichkeit, sich zwischen verschiedenen politischen Angeboten zu entscheiden. Das war ja das Ernervende an den Merkel-Wahlkämpfen: Auch wenn man im sogenannten Fernsehduell von der Kanzlerin enttäuscht war, für ihre Kontrahenten Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück oder Martin Schulz stimmte, man verhalf ihr doch zur Wiederwahl.

Für das Land waren es pauschal eher gute Jahre, aber ein zentrales Element der offenen Gesellschaft nach Popper war außer Betrieb: die Möglichkeit, dem Land einen ganz neuen Kurs aufzuzeigen. Angela Merkel war wandlungsfähig. Wer eine andere Politik wollte, also den einheitlichen Mindestlohn und keine Steuererleichterungen für Hoteliers, der konnte an der Wahlurne die Koalition verändern, mit der Merkel regierte, mehr SPD halt statt FDP. Schon war die Bundeskanzlerin wie ausgewechselt.

Dieses System überdauert nun seine Erfinderin. Wer sich an diesen ersten w

men Tagen die Umgebung betrachtet, sich an Feigenbäumen und Schwärmen von kleinen grünen Papageien freut, weiter bemerkt, dass die Nachbarn wieder Mückennetze und Ventilatoren hervorholen und sich denkt, dass die Sommer früher irgendwie anders waren – wer also aus solchen Betrachtungen heraus eine echte Wende zu mehr Klimaschutz möchte, der wählt, ja was eigentlich? Armin Laschet, Markus Söder und Peter Altmaier von der Union überbieten sich in ökologischer Rhetorik, sie stehen Greta Thunberg in nichts nach. Die Grünen werden sie nur behutsam auf eventuelle Widersprüche zum bisherigen Regierungshandeln hinweisen, denn erstens ist schwarz-grün die naheliegende Koalitionsoption, zweitens greifen die Grünen nicht an, sie werden angegriffen.

SPD und FDP wären auch gerne wieder mit dabei, also widmen sie sich vorwiegend der Risikovermeidung. Und während das Quartett der koalitionsfeindlichen Parteien thematische Enthaltung übt, verlagert sich die politische Debatte auf Symbolpolitik oder eine unangemessene Personalisierung. Der amerikanische Psychologe Daniel Kahneman hat diesen Prozess gut beschrieben: Wenn uns eine Entscheidung überfordert, schiebt uns das Unterbewusstsein einfach eine Frage unter, deren Beantwortung uns leichter fällt. Wenn wir alle Informationen über den Kauf eines neuen Fahrzeugs oder einer Immobilie sammeln, prüfen und erwägen müssen, stellt sich leicht ein Gefühl unangenehmer Komplexität ein. Stattdessen achten wir also drauf, wie wir die Maklerin finden, ob uns die Farbe des Fahrzeugs gefällt.

Da keine politischen Streitfragen zur Entscheidung vorgelegt werden und jede Zuspitzung vermieden wird, könnte sich die Wahl danach richten, wen die Leute irgendwie gut finden. Das wird in der fortschreitenden Wahlkampfsimulation dieses Sommers zu skurrilen Persönlichkeitsberichten und dem schon jetzt erwartbaren Versuch führen, aus Annalena Baerbock entweder die Mary Poppins einer verwaisten Republik oder eine salonbolschewistische Heuchlerin zu machen.

Dabei wäre der zu ahnende Ausgang aus der Zeit der Pandemie ein guter Moment, um einige Debatten auch zu führen. Corona hat zu einer Renationalisierung, ja Pro-

vinzialisierung der Perspektiven geführt. Von Europa war wenig die Rede, dafür von lokalen Inzidenzen umso mehr. Obwohl die Pandemie jeden Menschen bedroht hat, waren die Reaktionen und Strategien kommunikatürlich strukturiert: In Wiesbaden gelten andere Maßnahmen als in Mainz, obwohl die Menschen an beiden Ufern des Rheins erhebliche Gemeinsamkeiten aufweisen dürften.

Nun wäre ein sehr guter Zeitpunkt, politische Lehren aus der Pandemie zu formulieren. Wie hat sich eine nationalstaatlich organisierte Gesundheits- und Vorsorgepolitik in Europa bewährt? Wäre es nicht an der Zeit, die europäische Ebene politisch zu stärken, aber bürokratisch und protokoliarisch zu beschleunigen? Die Kommissare enger an die Parlamente zu binden? Wie soll sich das Verhältnis Europas zu Russland gestalten? Wäre es nicht an der Zeit für einen neuen kommunikativen Prozess vergleichbar dem, den die KSZE in den Siebzigerjahren unternahm und der in der Schlussakte von Helsinki immerhin gemeinsame Standards definierte? Die Debatte um die Fertigstellung von Nordstream 2 könnte Teil dieses Verfahrens sein.

Aber auch im Inland finden sich Themen. Die Bürgerinnen und Bürger haben gesehen, welche Stärken und Schwächen etwa das Bildungssystem, die Krankenhäuser und die Pflegeheime haben. Was ist historisch gewachsen, wurde ewig nicht mehr überprüft und politisch reformiert? Das Steuersystem gehört dazu. Nach dem Krieg, als die Bundesrepublik konzipiert wurde, war Arbeit die stabilste Quelle zur Finanzierung des Sozialsystems. Heute ist das nicht mehr so, der digitale Kapitalismus bringt Vermögen hervor, die durch Arbeit nicht erwirtschaftet werden können. Längst ist ein internationales Regelwerk nötig, krasse Ungleichheit hebt die bürgerliche Gesellschaft aus.

Über all diese Themen wird längst publiziert und debattiert. Und es ist nicht anzunehmen, dass Wählerinnen und Wähler die Bäume hochklettern wie die Eichhörnchen beim Platzen eines Luftballons, wenn es in einem Bundestagswahlkampf um Politik geht.

# FEUILLETON



„Die Volksbühne ist wie gemacht für mich. Es ging hier darum, an die Wahrhaftigkeit ranzukommen.“: Sabine Zielke.

FOTO: THOMAS AURIN

## Jetzt mal langsam

Die Dramaturgin Sabine Zielke leitet jetzt die Berliner Volksbühne und soll den Machtschutt aufräumen

Stalin hängt hier schon lang nicht mehr. Er verschwand mit Frank Castorf. Noch bevor der belgische Kurator Chris Dercon kam und bevor der Bürokrat Klaus Dörr einzog, der für den jüngsten Skandal sorgte und darum wieder seine Sachen packen musste. Jetzt sitzt vor der blanken holzvertäfelten Wand eine schmale Frau, in schwarz gekleidet mit elegantem, weiten Kragen, Haare auf Kinnlänge, ihre Utensilien auf dem schweren Schreibtisch verteilt, an dem alle die Jahre Männer saßen.

Es ist Freitagmittag, also in Theaterzeiten noch fast morgens. Sabine Zielke schenkt sich im Intendantenzimmer der Volksbühne eine Tasse Filterkaffe ein. Durch die kleinen Fenster fällt die Frühlingssonne, vor ihr liegt Sartres „Das Spiel ist aus“. Seit einigen Wochen, seit den Sexismus- und Machtmissbrauchsvorfällen gegen Klaus Dörr und dessen daraus resultierendem Rücktritt, leitet die ihrem Berufsstand entsprechend zurückhaltende Dramaturgin von hier aus zusammen mit der früheren Geschäftsführerin Gabriele Gornowicz die Volksbühne. Dass plötzlich, wenn auch nur kurz, zwei Frauen an der Spitze stehen, deutet einen Zeitenwechsel an, der sich an vielen Theatern dieses Landes zeigt.

Zielke ist keine bekennende Feministin, die das Ende des Theater-Patriarchats fordert. Sie ist genauer, ihre Worte präziser als der laute Schlachtruf nach mehr Diversität und Gleichberechtigung. Die jüngste Rassismusedebatte am Düsseldorfer Schauspielhaus und die Reaktionen auf den FAZ-Artikel des Dramaturgen Bernd Stegemann findet sie „total emotionalisiert, da guckt kein Verstand mehr durch“. Und sie fügt abwägend an: „Das Abwerten des jungen Spielers war nicht in Ordnung, aber Proben müssen geschützt bleiben. Natürlich, Rassismus liegt sehr tief in der Gesellschaft und im Sich-Vergessen hat es leichteres Spiel.“ Bei all den hitzigen Debatten, wie sie am Düsseldorfer Schauspielhaus, am Berliner Maxim-Gorki-Theater oder am Staatstheater in Karlsruhe geführt werden, will sie mit keiner der Fronten kämpfen. Und auch, dass sie als Frau an der Spitze steht, ändert nichts daran, dass die Menschen, die Zielkes Kunstverständnis und damit ihr Leben prägen, Männer waren. Allen voran einer.

25 Jahre regierte Frank Castorf in einer Art konstitutioneller Geniemonarchie und schuf die Volksbühnen-Ästhetik mit Avantgardelust, mit Punk, mit Russlandsehnsucht und Dostojewski, mit Kartoffelsalat und mit einer Künstlerfamilie aus unersetzbaren Regisseuren, Autoren und Spielern wie Sophie Rois, Kathi Angerer, Silvia Rieger, Henry Hübchen, Christoph Marthaler, Dimitri Gotscheff. Seit vier Jahren ist Castorf nun weg, aber die Volksbühne blieb störrisch, unregierbar, zersplittert. Im Herbst beginnt der treue Hausfreund René Pollesch mit einem Kollektiv seine Intendanz. Er soll die Wunde, die seit Castorfs Weggang in diesem Theater klafft, nähren. In diesem Wechsel liege natürlich viel Hoffnung auf eine neue Zeit, sagt Zielke und fügt an: „Wir müssen das Haus wieder offen machen, bis René kommt.“

32 Jahre Volksbühne hat Zielke erlebt. Die Mauer, die Männer, die Meinungen fielen in dieser Zeit, sie blieb. Als sie 1989 als Dramaturgieassistentin an die Volksbühne kommt, ist sie erst mal ernüchtert. „Ich hab' gedacht: Brauchen die alle eine Einladung zum arbeiten oder was? Die waren so:

Kommste hier an, joa, da komm ich mal zum Mittagessen in der Kantine vorbei, und dann geh ich wieder.“ Der Ort, der sie als Schülerin mit Inszenierungen von Jürgen Gosch, Fritz Marquardt, Benno Besson, mit Karge und Langhoff faszinierte, zeigte sich als verschmarzt sozialistischer „Spiegel der DDR-Gesellschaft“, in der man ständig „keinen Bock“ hat. Der damalige Intendant Fritz Rödel war „integer, der war jetzt kein Petzer, was man oft hatte“, sagt Zielke und fügt mit einem Schulterzucken hinzu: „Aber der konnte seine Leute halt auch nicht motivieren, das Haus hatte keinen Motor.“

## Die Vorstellungen waren immer ausverkauft und verfeindete Lager kipten sich Bier über die Köpfe

Dramaturgen sind Beobachter. Ihr Job ist es, zu analysieren, zu beraten, zu strukturieren. Zielke saß gern im Zuschauersessel und analysierte, wo es richtig läuft, und wo nicht. „Erzählt das was? Oder ist das so: Kann man machen, muss man nicht? So was finde ich nicht gut am Theater. Ich brauche Dringlichkeit.“

Ost-Berlin erlebt damals einen letzten sozialistischen Schlummersommer, aber von der Zeit vor dem Mauerfall hat Zielke nicht viel mitbekommen. Sie ist in Moskau auf Gastspiel mit Castorfs erster Volksbühnen-Produktion. Für sie ist das historische Erweckungserlebnis im Jahr 1989 vor allem ein Theaterstück: „Das trunkene Schiff“. Und als gäbe das schon länger in ihr, sagt sie plötzlich: „Das muss ich jetzt auch mal klarstellen. Die erste Castorf-Inszenierung an der Volksbühne waren nicht die Räuber, sondern das war das trunkene Schiff im dritten Stock!“ Der wirkliche Systemwechsel in Ostberlin kommt im Jahr

1992: Frank Castorf wird Intendant an der Volksbühne. Sabine Zielke leitet eine kleinere Bühne, den „Roten Salon“. Sie steht bei jeder Vorstellung an der Salontür, begrüßt die Zuschauer und beobachtet, wie sie die Vorstellung verlassen, mit welcher Haltung, mit welchem Gesichtsausdruck. „Ich habe Respekt davor. Das ist in dieser Zeit, in der wir heute leben, kein unwesentlicher Aufwand, den Menschen betreiben, um zu einem Theaterabend zu gehen“, sagt sie.

Und sie organisierte den „sehr schmerzhaften“ Abschied dieser Ära, von 25 Jahren Castorf. Für viele war es ein emotionaler Sommer, dieser letzte im Jahr 2017, in dem sich die feindlichen Lager Bier über den Kopf schütteten nach den Vorstellungen, die jeden Abend ausverkauft waren. Tausende Menschen standen im Regen am Rosa-Luxemburg-Platz, sangen Rio Reisers „Für immer und dich“, weinten, ließen sich das Räuberrad tätowieren. Später besetzten Aktivisten das Theater. Ein Kran griff nach dem Räuberrad auf der Wiese vor der Volksbühne und der krumme Eisenkreis mit zwei kurzen Beinen dran flog über die Dächer Berlins davon.

Ob sie damals nicht auch überlegt habe, dieses Theater zu verlassen? Noch bevor man die Frage beendet hat, fährt sie mit einem scharfen „Nein“ dazwischen. „Ich war unkündbar.“ Wer länger als 25 Jahre angestellt ist, kann nicht gekündigt werden. Außerdem habe sie da eine Ahnung gehabt, dass das nicht lange gutgehen würde mit Dercons Plänen. Und dann ist da auch eine tiefe, eine philosophische Verbindung zu diesem Ort. „Die Volksbühne ist wie gemacht für mich. Es ging hier darum, an die Wahrhaftigkeit ranzukommen. Wahrhaftigkeit zu zeigen. Das schafft man nicht immer, weil es das Schwerste ist. Aber ich kannte kein anderes Haus, wo man das so

gesucht hat wie hier.“ Als Mitte März mit dem nächsten Skandal der Rücktritt Klaus Dörers kam, nahm ihre Karriere eine unerwartete Wendung. Zielke verließ die Beobachterinnenposition, plötzlich stand sie mittendrin im Machtschutt der vergangenen Jahre. „Man war ja anfangs ein bisschen ratlos“, fasst sie die Lage nach dem großen Knall zusammen.

Zehn Frauen hatten sich an die Beratungsstelle Themis gewandt, die Vorwürfe reichten von Berührungen, anzüglichen und sexistischen Sprüchen, verbaler Einschüchterung bis zu Altersdiskriminierung. Gerade Letzteres zeigt ein verstaubtes SchauspielereInnenbild, in dem vor allem schlanke, junge Gretchenfiguren Platz haben, und es zeigt, wie wenig Dörr von diesem Haus verstand. Denn die Beleidigung betraf Silvia Rieger, eine der ikonischsten Schauspielerinnen der Volksbühne. Sogar die *New York Times* schrieb über den Fall und wunderte sich über den Fluch, der seit Castorfs Weggang auf der Volksbühne zu lasten schien.

## Bei der ersten Vollversammlung im Saal hat sie ihren Vorgänger Klaus Dörr recht deutlich kritisiert

Bei der ersten Vollversammlung verkündete Zielke dem Saal – „eigentlich eine Binsenweisheit, aber ich musste das sagen“ – dass die Arbeit von jedem und jeder an Haus wichtig sei. „Denn was ist das große Ding an der Volksbühne, was ist das Spezifische?“, fragt sie eindringlich, und als wolle sie jeden Buchstaben betonen, antwortet sie sich selbst: „Es ist diese große Form von Identität.“ Dann setzt sie etwas verärgert nach: „Das verstehen so viele nicht.“ Der letzte Intendant, Klaus Dörr, der habe das erst recht nicht verstanden.

Jetzt ist es Zielke, die der technische Direktor anruft, die sich mit den Gewerken abstimmt, auf die Kollegen zukommen, um Rat bitten, und die die letzten Entscheidungen trifft. Sie traf sich mit allen Schauspielerinnen und Schauspielern zum Gespräch, sie wollte wissen, wie es für jeden und jede nach diesem Sommer weitergeht, wenn sie die Volksbühne verlassen müssen. Und sie setzte sich für eine letzte gemeinsame Inszenierung des Ensembles ein, das wegen der unglückseligen Kombination aus Pandemie und Skandal seit ein- einhalb Jahren nicht mehr zusammen auf der Bühne vor Publikum spielte.

Seit Kurzem sei „die Stimmung gelöst“, sagt sie. „Man hört ab und zu wieder jemand lachen auf dem Gang, das habe ich lange vermisst.“ Auch wenn Pollesch im Herbst kommt, bleibt ihre jahrzehntealte Vision der Volksbühne, die ihr bisher kein Intendant ausreden konnte: „Ein Theater der antikapitalistischen Opposition, des Widerstands, der Solidarität mit Benachteiligten und Kunst als Heterotopie.“

Sabine Zielke behielt ihr kleines Büro im dritten Stock, auch jetzt wo sie den halben Tag im kahlen Intendantenzimmer arbeitet. Hier hängen die Wände voll mit alten Programmzetteln, Zitat, einem Plakat einer Castorf-Lesung von 1995, Eintrittspreis fünf D-Mark. Sachen, die Zielke eben gut fände, die sich so angesammelt hätten. Nicht unbedingt die Meilensteine, sondern Spuren aus 32 Theaterjahren. Spuren, die kein Intendanten-, kein Politik- und auch kein Diskurswechsel wegwischen wird. Sie bleibt.

MARLENE KNOBLOCH



„Das hat man so noch nie gesehen.“: Henry Hübchen und Cornelia Schmaus in Castorfs „Das trunkene Schiff“ 1989.

FOTO: INGOLF SEIBEL